

Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Sport und Olympia

Sitzungsdatum: 27. August 2015
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:34 Uhr
Vorsitz: Abg. Sören Schumacher (SPD)
Schriftführung: Abg. Thomas Kreuzmann (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/795 Olympische und Paralympische Spiele 2024 - mit Hamburg für Deutschland und Europa, Bericht zur Bewerbung Hamburgs um Olympische und Paralympische Spiele 2024 und Haushaltsplan 2015/2016: Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung (Antrag Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Ausschuss für Sport und Olympia ist mitberatend. -
2. Hamburgs Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele - Sachstandsbericht Sportstättenkonzept
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
3. Drs. 21/902 Olympia - Konzept zur Flächenverlagerung erstellen
(Antrag FDP)
4. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Christiane Blömeke (GRÜNE)
Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Olaf Duge (GRÜNE)
Abg. David Erkalp (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Dirk Kienscherf (SPD)
Abg. Thomas Kreuzmann (CDU)
Abg. Gulfam Malik (SPD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Marc Schemmel (SPD)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Heike Sudmann (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)
Abg. Güngör Yilmaz (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martina Koeppen (SPD)
Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD)
Abg. Jenspeter Rosenfeldt (SPD)
Abg. Dennis Thering (CDU)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt
Leitender Baudirektor Dieter Polkowski

Senatskanzlei

Staatsrat Dr. Christoph Krupp

Behörde für Inneres und Sport

Staatsrat Christoph Holstein
Landessportamt Lydia Kleist

Bewerbungsgesellschaft Hamburg 2024 – GmbH

Svenja Knuffke

Hamburg Port Authority

BD Matthias von dem Bussche

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Bai

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 7 Personen.

Zu TOP 1:

Vorsitzender: Zu Tagesordnungspunkt 1 beschließen wir ein Wortprotokoll. Gibt es dazu Anmerkungen? Nein, damit ist das Wortprotokoll beschlossen und jetzt kommt der Senat zum Zug und führt uns in die Drucksache ein. Frau Stapelfeldt bitte.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Dazu gebe ich zunächst Herrn Staatsrat Krupp das Wort. Bitte schön.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Ja, Herr Holstein und ich wollten uns die Arbeit ein bisschen teilen, indem ich vielleicht ein paar Sachen sage, wie sich das jetzt sozusagen mit der Planung weiterentwickelt hat und was da in den letzten Wochen geschehen ist und dann Herr Holstein etwas auch sagt zum Stand des Bewerbungsverfahrens, was sich da Neues ergeben hat sozusagen in letzter Zeit und wie das auch jetzt so weitergeht.

Wir sind eigentlich sehr gut gestartet, weil wir ja optimistisch auch, als wir uns noch in einem Wettbewerb mit Berlin befunden haben, schon davon ausgegangen sind, dass es ja klappen könnte, dass wir den Zuschlag bekommen. Dadurch waren wir also in der Lage. Wir haben die europaweite Ausschreibung für die großen Planungsaufträge deshalb schon sozusagen europaweit angekündigt, bevor wir überhaupt den Zuschlag des Deutschen Olympischen Sportbundes hatten, haben aber da natürlich noch keine Aufträge ausgelöst, sondern das wäre ja nicht verantwortlich gewesen, waren dadurch aber sehr in der Lage, danach, nachdem wir den Zuschlag aus Frankfurt hatten vom Deutschen Olympischen Sportbund, sehr schnell in die Planungen einzusteigen.

Wir haben im Kern zwei große Aufträge ausgelöst und die meisten von Ihnen haben das ja auch mitbekommen durch die öffentlichen Veranstaltungen. In dem doch sehr breit angelegten Beteiligungsprozess haben Sie das auch mitbekommen. Das eine war halt der Masterplan Olympic City. Da ging es also darum, sowohl die Sportstätten als auch das Olympische Dorf als auch das International Broadcast Centre als auch das Main Press Centre und vor allen Dingen den zukünftigen Stadtteil, der nach den Olympischen Spielen dort entstehen soll, zu planen. Das ist jetzt alles sehr genau, sehr gut durchgearbeitet. Die Abgabe, sozusagen das, was die Planer uns jetzt wirklich endgültig abgeben müssen, wird Ende des Monats abgegeben und dann wollen wir das auch relativ schnell veröffentlichen. Also, wir gehen davon aus, dass es im September 2015 noch eine Broschüre geben wird, sodass alle Hamburgerinnen und Hamburger, die das interessiert, sich das genau angucken können und dass wir da wirklich ein sehr, sehr gutes Konzept haben mit einem Stadion für 60.000 Plätze, mit einem neuen Schwimmbad, mit einer Sporthalle, die man hinterher zum Kreuzfahrtterminal umbauen kann, mit einem neuen Stadtteil, in dem wahrscheinlich 18.000 Menschen dann sozusagen im Jahr 2035... Also, zehn Jahre nach den Spielen werden da wahrscheinlich 18.000 Menschen leben und wohnen können – das ist alles sehr gut –, leben

und arbeiten können. Das wird also ein sehr guter Stadtteil, das werden wir alles vorstellen. Das ist das eine Konzept. Dazu gehört auch, dass das Sportstättenkonzept inzwischen im Wesentlichen steht, wobei das auch noch in den letzten Wochenphasen ist, aber auch das wird dann dort mit veröffentlicht. An dem Sportstättenkonzept hat sich aber nicht jetzt so fundamental etwas geändert gegenüber dem, was Sie bisher schon kennen. Das ist natürlich der zweite große Standort. Neben der Olympic City wird der zweite große Standort das Messegelände sein und Garlstorf und die ganzen anderen Standorte, über die wir bisher auch schon so gesprochen haben.

Und der dritte große Auftrag, muss ich eigentlich sagen jetzt, ist dann, dass auch ein Mobilitätskonzept erarbeitet wird. Das Mobilitätskonzept läuft natürlich hinter der Planung der Sportstätten hinterher. Was auch einfach logisch daran ist, ist, dass natürlich zunächst einmal das Verkehrsaufkommen ermittelt werden muss. Es muss also ermittelt werden, wie viele Besucher werden denn welche Sportstätte wohl besuchen. Das heißt, das läuft dann so, wenn man die Tribünenkapazitäten hat und den Veranstaltungskalender hat, dann kann man ungefähr schätzen, wie sich auch das Verkehrsaufkommen da entwickeln wird und wo die Besucher ungefähr herkommen und was da notwendig ist und daraus entwickelt sich das Mobilitätskonzept, weshalb wir das Mobilitätskonzept also auch erst mit einer leichten, also nicht Verspätung, sondern das wird ganz plangemäß Ende Oktober 2015 fertig sein und dann auch veröffentlicht werden. Aber auch da haben wir bereits über die Veranstaltungen, ich glaube, die war im Cruise Center, haben wir auch schon die ganzen Grundideen vorgestellt öffentlich, dass natürlich der Fuß- und Radverkehr eine große Rolle spielen wird, weil wir „Spiele der kurzen Wege“ machen, dass aber auch natürlich der ÖPNV gestärkt werden muss, vor allen Dingen auf den Routen, die sozusagen zum Olympischen Dorf hinführen werden, und auch auf den Routen, die zur Messe hinführen werden, dass wir den Hauptbahnhof verstärken müssen. Darüber wird schon die ganze Zeit gesprochen. Der Hauptbahnhof muss übrigens auch unabhängig von Olympia verstärkt werden, aber wir werden dem Bundesverkehrsministerium und der Deutschen Bahn sehr deutlich sagen, wenn Olympia kommt, dann muss halt das, was sonst 2026 passieren würde, muss das halt bis 2024 fertig sein. Das Gleiche gilt für die S4. Die S4 ist keine Olympiamaßnahme, aber wenn wir die S4... Die S4 muss dann halt bis 2024 zumindest im innerstädtischen Bereich bis dahin fertig sein. Das sind sicherlich wichtige Punkte des Mobilitätskonzeptes. So viel, glaube ich, kann man einmal zur Planung sagen.

Zum Hafen kann man noch sagen, dass natürlich HPA sehr intensiv plant, wie wir mit den Betrieben umgehen, die heute auf dem Kleinen Grasbrook sind., das ist ja keine Brachfläche, sondern es sind dort aktiv wirtschaftende Betriebe, wir müssen gucken, wie man das genau umsetzt. Im Kern knüpfen wir dabei an die Planungen für den mittleren Freihafen an, die bereits im Hafententwicklungsplan drinstehen. Es gibt ja sozusagen schon im Hafen ...Also die Diskussion darüber, dass der mittlere Freihafen anders genutzt werden soll, effizienter genutzt werden soll, intensiver genutzt werden. Die Diskussion läuft ja schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts. Das hat ja auch dazu geführt, dass schon einer Firma, die dort ist, völlig unabhängig von Olympia gekündigt wurde, die Firma Buss, und dass die dort ihre Flächen freiräumen werden. Und es gibt Pläne, es gibt sozusagen schon länger Pläne, dass man den südlichen Freihafen modernisieren soll, effizienter nutzen soll, dass man mit größeren Schiffen da hinkommt, dass man größere Flächen an Land hat. Und die Grundidee ist, dass man an diese Pläne wieder anknüpft – die stehen auch im Hafententwicklungsplan so drin – und dass man genau an diese Planungen wieder anknüpft und dann auch im Prinzip auf diese dann ohnehin geplanten neuen Flächen die Betriebe hinverlagert, die heute auf dem Grasbrook sind.

Es gibt die grundsätzliche Vereinbarung zwischen Senat und dem Hauptmieter auf dem Grasbrook, der HHLA, dass es keine Entschädigungszahlungen geben wird, die sicher nach den Vertragsbeziehungen im Hafen manchmal sehr schwer zu kalkulieren sind oder eine hohe Größenordnung erreichen können, sondern dass die Entschädigung in der Form geschieht, dass die Unternehmenseinrichtungen, die man braucht, um seinen Betrieb zu organisieren, dass die ersetzt werden, dass also sozusagen die wieder neu gebaut werden, dass das neu errichtet wird.

Und damit kommen wir natürlich auch zur letzten Frage, wie sieht es mit dem Geld aus. Da sind wir dabei, die Kosten zu ermitteln und auch uns zu überlegen, mit welchen Erlösen man rechnen kann, und da gehen wir auch davon aus, dass wir noch im September 2015 das öffentlich vorstellen können und natürlich auch hier im Ausschuss vorstellen können, damit auch jeder weiß, was das finanziell alles bedeutet.

Vielleicht jetzt zum Bewerbungsverfahren Herr Holstein.

Vorsitzender: Herr Holstein.

Staatsrat Christoph Holstein: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte Sie informieren über eine Änderung, die sich nicht auswirkt, aber die einen beschriebenen Status in der Drucksache 21/795 verändert. Es hat durch das IOC eine Veränderung des laufenden Bewerbungsverfahrens gegeben. In der Drucksache heißt es unter 3.1 außer durch den Olympischen Sportbund et cetera, dass wir zum Beispiel am 8. Januar 2016 das Mini Bid Book vorlegen. Das hat sich geändert. Wir haben jetzt kein zweistufiges Verfahren mehr mit dem Mini Bid Book und dem Bid Book, sondern ein dreistufiges, was sich für uns im operativen Geschäft eigentlich kaum auswirkt. Wir werden dieselben Informationen liefern müssen, allerdings in einem anderen Rhythmus. Wir haben also nicht im Januar nächsten Jahres das Mini Bid Book, sondern im Februar nächsten Jahres, konkret am 5. Februar 2016, die Abgabe des sogenannten „Candidature File Part 1“. Also, des ersten von drei Files. Dieser File ist überschrieben mit Vision, Konzept & Olympisches Erbe. Da geht es um die Gesamtvision. Es geht um das gesamte Konzept. Es geht um die Sportstättenplanung, um langfristige Integration, Abstimmung Olympiapläne mit der Stadt beziehungsweise der städtischen Entwicklungsstrategien. Es wird dann einen zweiten File geben am 7. Oktober nächsten Jahres: „Candidature File Part 2“, Führungsstruktur, Rechtliches und Sportstättenfinanzierung. Und last not least am 3. Februar des übernächsten Jahres, die Abgabe des „Candidature File Part 3“, Durchführung der Spiele, Erfahrung und Nachnutzung der Sportstätten.

Woran sich nichts geändert hat, ist der am Ende entscheidende Termin im Sommer 2017 in Lima, wo auf Basis der dann eingereichten Unterlagen und auf Basis der Evaluation beziehungsweise Überprüfung des IOC entschieden wird, wer den Zuschlag für die Ausrichtung der Spiele 2024 erhalten soll. Diese Übersicht geht Ihnen über die Gremienbetreuung zu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt in die Frage- und Anmerkungsrunde der Abgeordneten. Frau Sudmann bitte.

Abg. Heike Sudmann: Da ich verschiedene Komplexe habe, werde ich bei der ersten Fragerunde mich auf das Thema, wie haben Sie es so schön genannt, Geld kaprizieren. Ist nicht zu verstehen?

(Zwischenruf)

Auf das Thema Geld. Man findet ja in der Drucksache auf Seite 8 unter der Überschrift „Kosten und Nutzen sorgfältig ermitteln“ einige Angaben, wann Sie mit Ihren Informationen kommen. Die heißen ja dann „Finanzreport“ und heißen noch nicht „endgültige

Kostenermittlung“. Da würde ich einfach gerne wissen, Sie haben in der letzten Woche ja auf den Entwurf der beratenden Äußerung des Rechnungshofes reagiert, Sie als Senat, aber auch teilweise die Fraktionen, die regierungstragenden Fraktionen, und sagten dann immer, es werden ja noch ganz genaue Zahlen nachgeliefert. Deswegen würde ich jetzt einfach gerne wissen, ob Sie das denn schaffen, dass Sie... Sie sagten eben Ende September, glaube ich, nein, wann kamen die Finanzen... Ende September 2015 werden Sie dann vorlegen können nach DIN 276, den Kostenrahmen, der vom Rechnungshof ja eingeklagt wird, also, wird das dann so vorliegen?

Werden Sie eine Nutzen-Kosten-Untersuchung haben? In dem Entwurf vom Landesrechnungshof auf Seite 6 heißt es ja, so etwas sei relevant, und ich vermute einmal, dass Sie mir jetzt nicht sagen wollen, es ist nur ein Entwurf, das werden Sie alles herausstreichen in der Endfassung, die dann später kommt, weil der Landesrechnungshof sich natürlich an den Sachen orientiert, kostenstabiles Bauen und so weiter. Also, zweite Frage: Wird die Nutzen-Kosten-Untersuchung so vorliegen, wie der Landesrechnungshof es ja beschrieben hat?

Die dritte Frage in dem Zusammenhang, es geht um die gesamtschuldnerische Haftung der Freien und Hansestadt Hamburg, die man bisher erwarten muss nach den alten Host-City-Verträgen. Haben Sie Erkenntnisse, dass, wenn Sie am 15. September 2015 dann die Bewerbung abgeben, dass der Host-City-Vertrag so sein wird, dass es nicht einmal eine gesamtschuldnerische Haftung gibt? Weil, es klang ja teilweise in den Pressemitteilungen, die man so lesen konnte, und in Zitaten, wenn Sie einmal kurz ruhig sein könnten, klang es ja teilweise so, als wenn es jetzt alles anders wird, weil die Kritik war ja, wie kann ein Landesrechnungshof sich auf einen Host-City-Vertrag beziehen, den es ja noch gar nicht gibt, der ja verändert werden würde.

Und das Vierte, weil Sie eben schon sagten, es wird ja verschiedene Broschüren und Veröffentlichungen geben, werden Sie dann als Senat dafür Sorge tragen, den einen Punkt des Landesrechnungshofes auch zu erfüllen, der ja gesagt hat, für das Referendum, was er ja eigentlich auch viel zu früh findet und gar nicht machbar findet, werden Sie dafür Sorge tragen, dass die Qualität der Kostenangaben erklärt wird, also dass deutlich öffentlich gemacht wird, das, was Sie dann vorliegen haben, dass es ein – wie nennen Sie das? – Finanzreport vielleicht wird, eine Kostenschätzung? Das ist aber noch weit von dem entfernt, wo Sie wirklich relativ gesichert sagen können, welche Kosten auf die Stadt zukommen.

Und die fünfte – Nein, das lassen wir bis dahin. Die anderen Fragen mache ich in der nächsten Runde, weil ich vermute, andere Kolleginnen und Kollegen wollen auch noch etwas sagen.

Vorsitzender: Frau Dr. Stapelfeldt?

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Sie werden Verständnis haben, dass wir zu einem Bericht, den der Rechnungshof nicht veröffentlicht hat, hier nicht im Ausschuss Stellung nehmen. Deshalb sage ich einfach, dazu können wir nichts sagen, sondern wir würden üblicherweise, wenn der Rechnungshof uns den Bericht offiziell gibt und sagt, das ist unser Bericht, dann würden wir dazu auch Stellung nehmen, gerne sicherlich. Und das Gleiche ist, ich glaube, auch über den Host-City-Vertrag sollte man dann reden, wenn er vorliegt und nicht schon vorher spekulieren. Spekulationen tragen ja in der Regel dann nicht dazu bei, dass man klüger wird.

Zur Qualität der Kostenangaben. Das kann man relativ einfach sich dadurch vorstellen, dass so gut, wie die Planungen sind, so gut werden auch die Kostenermittlungen sein. Das heißt,

wir werden eine ganze Reihe von Dingen haben, zum Beispiel das Olympiastadion, zum Beispiel das Olympische Dorf, wo man schon relativ gut auch in Anlehnung an die DIN 276 die Kosten ermitteln kann, weil, da hat man sozusagen Erfahrungswerte, was kostet ein Kilometer Straße in der und der Breite, was kostet ein Haus mit der und der Ausstattung ungefähr. Da kann man relativ gut die Kosten ermitteln und so gut werden diese Kostenermittlungen dann auch sein.

Es gibt dagegen andere Dinge, die sind noch nicht so durchgeplant, weil übrigens auch dieses Durchplanen wieder eine ganze Menge Geld kosten würde, und da werden die Zahlen dann ein bisschen ungenauer sein, aber da gilt dann die Methode des sogenannten Benchmarkings. Das heißt, jetzt nehme ich einmal ein Beispiel. Wir werden diese Brücke über die Norderelbe bauen. Diese Brücke über die Norderelbe ist ein komplexes Ingenieurbauwerk mitten im Fluss, sogar im Tidebereich. Das ist alles nicht so ganz einfach, die ingenieurmäßig durchzuplanen, wie man es eigentlich bräuchte, bis man zu einer DIN-276-Schätzung kommt, würde wiederum eine ganze Menge Kosten verursachen. Da muss man sich genau überlegen, wann man diese ingenieurtechnische Planung in Auftrag gibt, und deshalb ist man bei den Objekten dann da hingegangen und hat natürlich gesagt, Vergleichswerte, Benchmarking, was kosten solche Brücken üblicherweise. Und dann kann man damit natürlich Vergleiche machen und in dem Sinne wird es – das sind auch Zahlen, die damit nicht schlecht sind, wenn man weiß, was ungefähr so eine Brücke kostet, dann hat man damit Vergleichszahlen und das gilt auch für eine ganze Reihe von anderen Sachen, wo man mit Pauschalbeträgen arbeitet. Trotzdem finde ich, also, man muss das wissen, dass es da einen Unterschied gibt, dass manche schon richtig nach DIN 276 und den Kostengruppen durchgerechnet sind, Baumasse mal Einzelpreis und ähnliche Sachen. Andere Kosten werden ermittelt durch solche Vergleichswerte.

Es gibt dann aber natürlich auch entsprechende Risikozuschläge, genauso wie wir das in der Drucksache „Kostenstabiles Bauen“ beschrieben haben. Und wir haben ja in der Drucksache „Kostenstabiles Bauen“ auch geschrieben, dass wir die Preissteigerungen mit einrechnen, dass wir also in Preisen von 2024 rechnen, und da wir das ja schon hier in der Bürgerschaft mehrmals erklärt haben, dass wir das so machen, werden wir das natürlich auch jetzt in diesem Fall so machen. Das heißt, ich glaube schon, dass unsere Zahlen ganz gut sind, wobei, Sie werden immer in den Plänen sehen, die Dinge, die noch nicht endgültig durchgeplant sind, die können wir auch – das ist die alte Geschichte –, da kann man dann auch nicht die Kosten ermitteln. Das ist immer sehr schwierig, die Kosten von etwas zu ermitteln, was man noch nicht genau beschreiben kann.

Also, ich will einmal ein Beispiel nennen, nur als Illustration. Wir sind der Meinung, dass wahrscheinlich wir im innerstädtischen Bereich die S-Bahnstation Berliner Tor nicht so lassen können, wie sie heute ist. Wenn wir die Verkehrsmengen abwickeln wollen, die wir für die Olympischen Spiele da abwickeln, es gibt sogar Leute, die meinen, dass man unabhängig von den Olympischen Spielen die S-Bahnstation Berliner Tor nicht so lassen sollte, wie sie heute ist. Aber um das jetzt genau mit Kosten, um das genau mit Kosten zu belegen, müsste man eine komplette Planung haben und alleine eine solche Planung würde wieder im sechsstelligen Bereich Geld kosten. Und in dem Sinne sind wir sehr genau dabei zu überlegen, wann wir auch Planungskosten einsetzen. Würden wir alles durchplanen, würde das auch sehr viel Geld kosten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Staatsrat. Frau Sudmann, ich habe Sie aufgeschrieben. Sie kommen hinten wieder dran.

Abg. Heike Sudmann: Nein, da war ein Missverständnis mit meinen Fragen, die nicht beantwortet wurden, das würde ich noch aber gerne klarstellen. Darf ich –

Vorsitzender: Nein, jetzt habe ich das Wort, Frau Sudmann.

Abg. Heike Sudmann: Aber Herr Vorsitzender, wir haben immer die Regelung, wenn Fragen nicht beantwortet werden, dürfen wir noch einmal nachfragen. Das war bisher in jedem Ausschuss so. Da würde ich einfach darum bitten, dass ich das klarstellen darf.

Vorsitzender: Dann probieren Sie es einfach noch einmal.

Abg. Heike Sudmann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, weil, ich habe natürlich nicht gefragt nach einer Bewertung des Entwurfes des Rechnungshofberichts. So bescheuert bin ich nicht, dass ich denke, dass Sie es heute machen werden. Ich habe nur nachgefragt, und das habe ich jetzt bei Ihrer Antwort nicht verstanden, ich habe nachgefragt, ob Sie einen ersten nach DIN 276 definierten Kostenrahmen auf der Grundlage abgeschlossener Bedarfsplanung abgeben werden. Das war meine Frage. Und das andere war eben auch meine Frage, ob Sie eine Nutzen-Kosten-Untersuchung für die Spiele vorlegen werden bis zum Referendum. Das ist meine Frage. Ich frage nicht nach der Bewertung des Landesrechnungshofberichtes.

Vorsitzender: Frau Senatorin Stapelfeldt, Herr Krupp.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Ich habe Ihre Frage in der Art beantwortet, dass der Finanzbericht... Der Finanzreport wird eine Vielzahl von Projekten darstellen, weil, in Wahrheit ist es natürlich nicht nur ein Projekt, sondern es sind sehr, sehr viele Projekte. Da kann man jetzt abgrenzen, wie man will, ob man jetzt sagt, sozusagen jeder Straßenabschnitt ist ein Projekt. Wir erfassen in der Datenbank etwa 650 verschiedene Projekte im Moment und wir werden die aber im Finanzreport wahrscheinlich zu etwa 100 Projekten zusammenfassen. Und jetzt wird genau das passieren, dass es davon Projekte gibt. Die sind bis DIN 276 durchgerechnet. Und es wird Projekte geben, die sind noch nicht DIN-276-durchgerechnet, aber natürlich wird das im Finanzreport auch transparent werden beziehungsweise ich hatte es schon einmal gesagt. Es wird auch dadurch transparent, dass man sich die Planungen anguckt. Wenn man sich das Mobilitätskonzept anguckt und merkt, dass dort etwas noch nicht sehr genau ausgeplant ist, dann kann man davon ausgehen, dass sich dann die Kosten auch nicht ermitteln lassen. Dagegen werden Sie in den Veröffentlichungen eine Reihe von Projekten sehen, die sehr präzise durchgeplant sind. Und bei den Projekten, die präzise durchgeplant sind, können Sie auch davon ausgehen, dass es eine DIN-276-Kostenermittlung gibt. Also, es wird immer so sein, die Kosten laufen schlichtweg hinter der Planung hinterher. Für das, was man schon geplant hat, werden auch die Kosten ermittelt, aber es ist halt nicht nur ein Projekt. Olympia ist ein großes Projekt.

Und zu der Frage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Dazu gibt es bereits Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen auf einer etwas globalen Ebene. Dazu gibt es Veröffentlichungen des HWWI und der Berenberg-Bank und auf diese Dinge können wir uns da auch beziehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann kommt jetzt Frau Blömeke.

Abg. Christiane Blömeke: Also, ich fand, es ist erst einmal deutlich geworden, dass diese ganze Olympia-Planung in der Tat sehr komplex ist und vor allen Dingen auch ein laufender Prozess ist, der sich manchmal innerhalb von einer Woche auch überholt, weil eben so viele Faktoren dort auch zusammenwirken. Das ist ja eben auch an der Darstellung von Staatsrat Holstein deutlich geworden, dass es eben Abwandlungen gab jetzt im Mini Bid Book. Ich finde, das macht natürlich auch diese Lebendigkeit dieses Prozesses. Und ich habe ein bisschen so mein Thema damit, mit hypothetischen Fragen, ob es gemacht werden wird, das kann man natürlich fragen, und Staatsrat Krupp hat ja auch gerade darauf geantwortet, aber

was ich sehr beruhigend finde, auch für die parlamentarische Begleitung, ist ja, dass wir uns darauf verständigt haben, hier im Ausschuss zu all diesen Themen die Dinge genau zu besprechen und so auch zum Finanzplan. Und deswegen denke ich, es braucht auch ein bisschen Vertrauen in diesen Prozess und auch in die Zeit, die es braucht, und ich glaube, das Wichtigste ist, was wir ja auch den Bürgerinnen und Bürgern sagen, es wird all das vorgelegt werden, was wirklich bis dahin errechnet, erarbeitet, zusammengestellt wurde. Ich glaube, das wird eine ganze Menge sein. Das wird, glaube ich, auch recht umfangreich sein. Und auf dieser Basis treffen die Bürgerinnen und Bürger und jeder Einzelne von uns dann die Entscheidung beim Referendum.

Und dem einen oder der anderen – Frau Sudmann mag das dann nicht reichen, was da ist –, dann gibt es die Möglichkeit, natürlich mit Nein abzustimmen, aber ich finde es eben... Also, ich für meinen Teil und für meine Fraktion sehe es so, dass wir hier vereinbart haben, eine Zeitleiste, wo wir uns mit den verschiedenen Themen beschäftigen... Heute haben wir das Sportstättenkonzept dazu. Wir haben in den nächsten Sitzungen Nachhaltigkeit, glaube ich, und da war ich so ein bisschen am Haken, weil ich dachte, Mobilität hätten wir am 18. September 2015 für den Ausschuss. Da bin ich jetzt ein bisschen stutzig geworden, Herr Staatsrat Krupp, weil Sie sagten, Ende Oktober 2015 liegt das Mobilitätskonzept vor. Das passt natürlich nicht ganz zu unserer Planung, am 18. September 2015 hier darüber zu sprechen. Gegebenenfalls muss der Ausschuss da noch einmal nachsteuern, weil sich eben die Planungen durch die umfangreichen Planungen sicherlich da auch noch einmal verschieben. Ich glaube, da kann der Ausschuss dann ja auch noch einmal flexibel darauf reagieren. Von daher denke ich, wir haben zu verschiedenen Zeitpunkten hier Vorlagen, und über die gilt es dann zu reden.

Und was ich bemerkenswert finde, ist eben wirklich auch bei aller Kritik am IOC und bei all dem, was wir sicherlich auch als GRÜNE auszusetzen haben an gewissen Garantien vielleicht, wie auch immer, die Transparenz. Das muss man doch festhalten. Die hat sich erheblich verbessert, auch gerade bei diesem Prozess der Olympia-Planung. Es ist alles, jedenfalls meiner Meinung nach, alles im Netz zu finden. Es werden die Host-City-Verträge in das Netz hineingestellt werden. Und ich finde es auch mühsam, jetzt schon in der Tat – da stimme ich dem Staatsrat zu – über etwas zu reden, was zumindest ich noch nicht kenne. Ich weiß nicht, wo sich der Host-City-Vertrag und an welchem Punkt er sich verändert.

(Zwischenruf: DIE LINKE hat ihn bestimmt.)

Ja, vielleicht. Deswegen ist es vielleicht richtig, da Nachfragen zu stellen, aber da würde ich jetzt keinen darauf festnageln wollen. Wir haben dazu Gelegenheit, darüber zu reden. Und das ist dann auch richtig und wichtig, sich über diese Garantien hier zu unterhalten. Auch da werden wir hier ja den Raum und die Möglichkeit haben, vor allen Dingen auch mit den weiteren beteiligten Ausschüssen. Also, von daher würde ich einfach daran appellieren. Auch diese Drucksache sehe ich jetzt als Status. Im Juni 2015 ist sie geschrieben worden. Also, von Juni 2015 bis jetzt hat sich ja wirklich in der Olympia-Planung reichlich viel verändert. Und ich finde es jetzt gut und nicht dramatisch, dass sich hier jetzt noch Mini Bid Book drin befindet und da hat man jetzt eben weitergedacht und auch sicherlich einige andere Punkte, die hier nur angerissen sind in der Drucksache, sind inzwischen viel weiter ausgefeilt. Also, man wird da sicherlich noch einmal irgendwie nachlegen müssen vielleicht in Form einer neuen Drucksache, aber selbst die kann sich dann noch wieder überholen, weil sie eben als Prozess immer wieder Veränderungen erfährt.

Ja, so weit erst einmal. Also, ich habe im Moment noch keine detaillierten Fragen zu dieser Drucksache. Mir ist nur das Thema mit der Vorstellung der Mobilität aufgefallen im Konflikt zu unserem Ausschuss.

Vorsitzender: Ja bitte, Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, ich glaube, der Konflikt ist nicht da, weil natürlich ganz viel vom Mobilitätskonzept dann schon stehen wird und in dem Sinne kann man das hier vorstellen. Es wird dann immer noch danach Veränderungen geben. Ich sagte einfach nur die vertragliche Abgabefrist, wann die es liefern müssen und wann es so aufbereitet sein muss, dass man es veröffentlichen kann, die ist Ende Oktober 2015, aber ich glaube trotzdem, dass man über das Thema beraten kann. Man muss es nicht absetzen.

Abg. Christiane Blömeke: Okay. Also, es gibt dann schon eine Vorlage.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Nein, eine schriftliche Vorlage nicht, aber es wird so eine Präsentation, wie sie gleich zu TOP 2 kommt, die wird es sicherlich für den Bereich dann auch geben und die kann natürlich auch hinterher verteilt werden und dann kann jeder –

Abg. Christiane Blömeke: Oder vorher.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Kann ich nichts zu sagen. Weiß ich nicht.

Vorsitzender: Gut, wir wollen... Schwierig, für das Wortprotokoll, Dialoge hier einzufangen, deswegen machen wir jetzt mit Herrn Oetzel weiter.

Abg. Daniel Oetzel: Ja, vielen Dank. Wenn Frau Blömeke glaubt, dass die nächsten Drucksachen in den nächsten Wochen alle Fragen beantworten werden, können wir ja eigentlich heute die Beratung einstellen. Da erübrigen sich ja eigentlich alle Nachfragen. Ich will trotzdem noch ein paar Sachen, ein paar Fragen noch an den Senat richten. Einmal, Frau Blömeke hat es gerade aufgeworfen, hat selber angemerkt, dass es vielleicht sinnvoll wäre, wenn wir in den nächsten Wochen, vielleicht auch Monaten noch weitere aktualisierende Drucksachen hier vorgelegt bekommen und da würden mich einmal die Senatsplanungen interessieren, inwiefern das vorgesehen ist.

Dann habe ich eine Nachfrage zu dem, was Herr Holstein eben gesagt hat, dass wir jetzt ja nicht mehr zwei Phasen, sondern drei Phasen haben. Da würde mich interessieren, inwiefern sich diese neue Einteilung auf die Auflösung der verschiedenen Aufträge an die Auftragnehmer auswirkt. Also, in der Drucksache 21/795 ist ja beschrieben, dass verschiedene Auftragnehmer erst dann tätig werden, wenn zum Beispiel Phase 1 abgeschlossen ist und da, wie gesagt, würde mich interessieren, inwiefern das jetzt sich neu austariert, wenn wir jetzt nicht mehr zwei, sondern wenn wir jetzt von drei Phasen sprechen, also zu welchem Zeitpunkt welcher Auftragnehmer da tätig wird.

Und vielleicht jetzt zum jetzigen Zeitpunkt noch eine etwas allgemeinere Frage. Man findet in der Drucksache 21/795 auch die Aussage, dass jede Investition, die im Hafengebiet getätigt werden muss, immer unter der Prämisse stehen muss, dass sie sich langfristig positiv für den Hafen auswirkt. Da waren wir etwas verwundert über die doch etwas pauschale Aussage, weil einige Sachen, wie zum Beispiel eine potenzielle Verkleinerung des Hafengebietes ja nicht jetzt in erster Linie nahelegt... Das ist zwar eine Sache, die für die Stadtentwicklung und für Olympia positiv sein kann, aber ob sich das wirklich langfristig positiv auf die, ich sag 'mal, Wirtschaftskraft des Hafens auswirkt, wage ich doch zu bezweifeln. Vielleicht können Sie das noch einmal ein bisschen genauer umreißen, wie diese Aussage gemeint gewesen ist.

Und noch eine letzte Frage zu den Budgetplanungen zu dem Finanzreport. Da würde mich noch interessieren, ob da der Aspekt der Kostenvarianz eine Rolle spielt, also ob quasi ein „Von – Bis“ da mit eintariert ist und aber auch schon Prognosen über mögliche Einnahmen, die ihren Weg in diese Prognose finden werden. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Oetzel. Frau Senatorin Stapelfeldt.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, mit den weiteren Drucksachen, das können wir noch nicht sagen, wissen wir noch nicht genau, wann welche Drucksache wir noch machen können, aber weil natürlich auch das Erarbeiten dieser Drucksachen auch viel Arbeit macht... Wir sind im Moment sozusagen erst einmal darauf ausgerichtet, die Unterlagen für das IOC zusammenzustellen und die Unterlagen zusammenzustellen, die die Hamburgerinnen und Hamburger brauchen, um darüber zu entscheiden. Und da glauben wir halt, dass der eigentliche Masterplan das eine Wichtige ist, dass die Leute einfach wissen, was ist eigentlich geplant, und zum Zweiten der Finanzreport, was wird das ungefähr kosten, dass man auch das sagen kann.

Zu der Frage der Kostenvarianz. Wir rechnen nach der Methode „Kostenstabiles Bauen“, wie es in der entsprechenden Drucksache vorgelegt ist. Und das heißt natürlich auch, dass Sie immer eine Kostenvarianz einrechnen, die davon abhängig ist, wie weit der Planungsstand ist. Und das heißt, wenn wir also sagen, wir sind noch ganz am Anfang der Planung, dann rechnen wir in der Regel mit einer Kostenvarianz von 20 bis 30 Prozent, die signalisiert, dass die Planung noch sehr ungenau ist. Das ist eigentlich der Punkt. Aber die Methode übertragen wir. Wir kalkulieren auch die Einnahmen. Einerseits die Einnahmen für das sogenannte OCOG Budget, also die Einnahmen für die Durchführung der Spiele, das sind ja im Wesentlichen die Ticketeinnahmen, das sind Sponsoringeinnahmen, Merchandising und diese Sachen, und wir kalkulieren auch relativ genau die Einnahmen, die wir erwarten können durch die Veräußerung der Grundstücke in der OlympicCity, weil wir natürlich den Städtebau dort oder den Wohnungsbau dort nicht selber betreiben wollen. Wir werden die Grundstücke veräußern an diejenigen, die typischerweise Wohnungen bauen, und diese Grundstückserlöse werden da auch schon mit eingerechnet.

Die Frage, dass jede Investition eine positive Auswirkung für den Hafen hat, das ist im Prinzip eine Leitlinie, ein Ziel, dass wir uns halt überlegen, wir können keine großen Investitionen tätigen, die nur für 16 Tage einen Nutzen haben, das wäre nicht richtig, sondern wir wollen natürlich dann schon Investitionen tätigen, ...

(Zwischenruf: Können Sie etwas dichter ans Mikrofon?)

– Ja, gerne.

Wir wollen, wenn wir Investitionen tätigen, halt auch Investitionen tätigen, die dann über einen langen Zeitraum einen hohen Nutzen haben, und das heißt natürlich auch, wenn wir im Hafen investieren, dann sollen die für den Hafen einen Nutzen haben. Und um das auch zu illustrieren, im südlichen Hansahafen, da, wo im Moment das International Broadcast Center geplant ist, dort sind ja heute die Betriebe von HPA. Und wenn wir natürlich diese Betriebe von HPA verlagern, dann erwarten wir, dass die am neuen Standort optimiert werden und auch so optimiert werden, dass es wirklich dann zu dem Zeitpunkt das Optimum für HPA ist, für die betrieblichen Abläufe. Es gibt Überlegungen, dass man dann auch noch mehr Einrichtungen von HPA an eine Stelle bringt, was natürlich die betrieblichen Abläufe immer erleichtert. Und solche Überlegungen werden da angestellt, dass man einfach sich bei jeder Investition, die man tätigt, sagt, wie kann man das dann auch nutzen, dass das für den Hafen insgesamt einen Nutzen hat.

Auf dem Kleinen Grasbrook werden ja Autos verladen. Und in der Stadt werden Autos in der Regel übereinander gestapelt, indem man sie halt in Parkhäuser stellt. Das ist auf dem Grasbrook noch nicht der Fall. Und was man sich natürlich schon überlegen kann, ist, wenn man jetzt ... Wir werden der Firma Unikai, die im Moment die Autoverladung dort macht, da gilt die Zusage, ihr werdet dort am neuen Standort genauso viel Autos verladen können wie vorher. Aber ob die alle auf einer Fläche stehen oder ob die übereinander gestapelt stehen,

da wäre es einmal ein Effizienzgewinn, auch für den Hafen insgesamt, wenn es uns gelingen würde, uns mit denen so zu einigen, dass die Autos in Zukunft gestapelt werden. Das ist sozusagen mit diesem Satz gemeint.

Ja, Vertragsanpassung ProProjekt. Die Verträge müssen ein wenig angepasst werden, aber darüber haben wir mit denen noch nicht verhandelt. Weil auch die erste Phase noch gar nicht abgeschlossen ist. Aber das wird mit denen verhandelt werden müssen.

Aber wir haben eine vertragliche Regelung, wie der Folgeauftrag aussieht. Also die Tagessätze sind fest vereinbart und in dem Sinne, glaube ich, wird das kein Problem, und das Gesamtbudget bis 2017 wird dadurch nicht überschritten.

Oder habe ich das ...

(Staatsrat Christoph Holstein: Ich sehe das genauso.)

Vorsitzender: Gut, dann ist der nächste Redner Herr Dr. Dressel.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will auch gerne kurz auf die Kollegin Sudmann noch einmal eingehen und das noch einmal ergänzen, was Christiane Blömeke gesagt hat. Ich glaube, das bringt in der Tat zum jetzigen Zeitpunkt nichts, über Berichtsentwürfe, die noch nicht existieren ...

(Zwischenruf Abg. Heike Sudmann)

Na ja, also ich finde, da sollte man jetzt auch nicht so tun, als hätte man das nicht erwähnt. Denn natürlich war das ja die Prämisse der Fragestellung, die du formuliert hast. Also insofern kam das ja irgendwie drin vor und man hat dazu jetzt den Senat gefragt. Also muss man jetzt, finde ich, auch das nicht so tun, als sei das nicht so. Und wir warten jetzt ab, bis der Bericht da ist. Der wird ein ... das normale Verfahren von jedem Rechnungshofbericht durchlaufen, bis es einen Prüferentwurf gibt, der dann ... Und, Heike, du bist ja mit den behördlichen Verfahren auch durchaus nicht unvertraut, die so in der Hamburger Verwaltung existieren, dass nämlich solche Entwürfe auch dann mit den Behörden diskutiert werden. Und ich bin ganz sicher, dass auch der Rechnungshof ein eigenes Interesse daran hat, auch den neuesten Stand von Erkenntnissen, die in einem solchen Verfahren existieren, auch mit einzubeziehen, nämlich, dass zum Beispiel der von dem Staatsrat auch angesprochene Finanzreport noch kommt, dass ein aktualisierter, der Host City-Vertrag, den wir am 15. September oder 16. September 2015 zur Kenntnis nehmen können, der nach all dem, was wir wissen ... Natürlich hat noch keiner in diesem Raum vermutlich den Host City-Vertrag gesehen, der dann am 16. November 2015 ins Internet gestellt wird. Aber dass er anders sein wird als der Münchner, der mutmaßlich den bisherigen Überlegungen des Rechnungshofs zugrunde gelegen hat, das ist ja wohl anzunehmen. Jedenfalls wird er nicht identisch sein, sondern der IOC hat sich ja auf den Weg gemacht, dort auch zu Veränderungen zu kommen. Und ich finde, da sollte man das Schlussergebnis abwarten, es dann bewerten, und es ist für uns klar, für die Koalitionsfraktionen, wir werden diese Hinweise, wenn dann welche ergehen, und welche dann ergehen, werden wir dann abwarten, werden das natürlich ernst nehmen, das wird einfließen. Und wir haben selber ein Interesse daran, dass alle Fragen vor dem Referendum auch vernünftig beantwortet werden, alle Fragen, die auch kritische Fragen sind. Und trotzdem, der dann zu kritisch ist, kann ja gerne Nein stimmen, niemand ist ja verpflichtet, mit Ja zu stimmen. Aber das muss man sozusagen der einen Seite ermöglichen zu diskutieren, zu informieren und sich zu entscheiden, und der anderen Seite auch. Das ist, glaube ich, ein ganz normaler demokratischer Vorgang. Und ich glaube, der Finanzreport wird ganz viele der Fragen des Rechnungshofs, die er dann mutmaßlich Ende September stellen wird, auch beantworten.

Das ist, glaube ich, dann ein guter Informationsstand, auf der Basis wir dann auch entscheiden können am 29. November 2015.

Vorsitzender: Herr Kreuzmann.

Abg. Thomas Kreuzmann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bei allem Verständnis dafür, dass zum jetzigen Stand über Finanzierung und Kosten keine verbindlichen und konkretisierten Zahlen genannt werden kann, möchte ich aber dennoch anknüpfen an verschiedene Begrifflichkeiten, die wir hier jetzt seit Anfang des Jahres immer wieder verwenden. Heute hat der Staatsrat wieder von Finanzreport gesprochen, Frau Blömeke spricht von Finanzplan. Der Senat hat Anfang des Jahres 2015 gesagt, er wird im Frühjahr einen Finanzplan vorstellen. So gegen März 2015 war das eine Aussage. Im Zuge der fortschreitenden Zeit wurde dann ein Finanzplan für den Zeitraum vor der Parlamentspause versprochen. Im Zuge dieser Drucksache heißt es dann nicht mehr Finanzplan, sondern Finanzreport. Einen Finanzplan wird es im Oktober 2015 geben. Und Sie, Herr Staatsrat Krupp, haben hier gesagt, es wird im Oktober einen Finanzreport geben.

Plan und Report sind nach meinem Verständnis ein ganz gewaltiger Unterschied, und wir brauchen wirklich belastbare Zahlen, mit denen wir dann an die Öffentlichkeit gehen, und das können keine Reportszahlen, sondern Planungszahlen sein. Zumindestens, wenn wir dann auf das Referendum hinauslaufen. Das ist meine persönliche Kritik an der Vorgehensweise der letzten Monate. Bei allem Verständnis dafür, dass man keine konkreten Zahlen nennen kann, hätte man dennoch, nach meinem Dafürhalten, schon im Frühjahr 2015 oder zu Beginn des Jahres 2015 mit der Begrifflichkeit und den Versprechungen deutlich vorsichtiger umgehen sollen.

Zum Zweiten – das war nur ein Kommentar – zum Zweiten würde ich gerne noch einmal an die, wenn ich es richtig verstanden habe, Candidate Files Part 1, 2 and 3 eingehen. Da würde mich natürlich schon interessieren, ob der Senat Kenntnis über die Motive, über die Intention des IOC hat, wieso und weshalb man jetzt doch in diesem schon recht weit fortgeschrittenen Verfahren die Bewerbungsmethode verändert. Es könnte ja durchaus sein, dass der Senat darüber Kenntnis hat.

Und zum Zweiten würde ich auch wissen wollen, dass ... Oder andersrum gefragt, ob jetzt der Finanz- und Kostenrahmen, der ja für das Mini Bid Book zumindestens schon veranschlagt wurde, jetzt sich in gewisser Weise verändert durch das dreiteilige Bewerbungsverfahren und ob gegebenenfalls durch das dreiteilige Bewerbungsverfahren zusätzliche Kosten innerhalb des Bewerbungsverfahrens entstehen.

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Holstein wird antworten.

Staatsrat Christoph Holstein: Die Änderung des Verfahrens ist begründet worden mit dem Wunsch, mehr Flexibilität und eine, sagen wir einmal, kleinteilige Bearbeitung durch die entsprechenden Kandidatenstädte zu gewährleisten. Wo wir bisher zwei große Pakete zu beantworten gehabt hätten, haben wir jetzt drei etwas kleinere, die inhaltlich, soweit ich das so beurteilen kann, zum großen Teil aufeinander aufbauen. Das heißt, es wird nicht dazu führen, dass in der Planung etwas über den Haufen geworfen wird, dass wir grundsätzlich etwas neu formieren müssen, weil wir ursprünglich mit etwas, was im File 2 abgefordert worden ist, erst später gerechnet hätten. Das sollte zu machen sein. Und weil sich, das ist meine Einschätzung, an dem Anspruch, der an die Bewerberstädte gerichtet wird, die einzelnen Fakten darzulegen beziehungsweise Fragen zu beantworten, bis auf die Tatsache, dass dieser Fragenkatalog jetzt dreigeteilt ist, nichts Relevantes geändert hat, gehe ich davon aus, dass sich das auch nicht negativ auf die Kosten für die Erstellung dieser

Unterlagen auswirkt. Das heißt, die Einschätzung ist, dass Mini Bid Book und Bid Book in der Summe nicht anders finanziell ausgefallen wären als jetzt Stufe 1, 2 und 3 dieser Candidature Files.

Vorsitzender: Also ich habe mir hier drei Punkte von Herrn Kreuzmann aufgeschrieben, einmal zum Kostenrahmen, das ist beantwortet worden, drei Phasen. Und Finanzplan und Finanzreport, das waren nur Anmerkungen?

(Zwischenruf)

Abg. Thomas Kreuzmann: Na ja, das waren – vielen Dank, Herr Vorsitzender – zum einen Anmerkungen, zum anderen aber auch schon irgendwie verbindliche Aussagen, auf welche Begrifflichkeiten wir uns jetzt und in Zukunft wirklich verständigen wollen, auch im Hinblick auf die Terminlage.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeld: Herr Krupp.

Vorsitzender: Herr Krupp bitte.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Herr Kreuzmann, ich beantworte Ihnen das gerne. Nur, nachdem Sie sagten, es ist nur ein Kommentar, habe ich gedacht, ich soll gar nichts dazu sagen. Also, es ist relativ klar, wir haben nach meiner Erinnerung auch schon sehr frühzeitig den Begriff Finanzreport benutzt, weil, es hat tatsächlich im Moment den Charakter, dass wir gesagt haben, wir müssen alles, was wir über die Kosten wissen, dann transparent offenlegen. Und für einen Finanzplan ist es tatsächlich noch zu früh. Es ist zu früh, jetzt genau die Planung zu machen, so und so und so werden wir das machen, weil wir natürlich alles noch einmal überprüfen werden, Dinge wieder infrage stellen, wir werden noch neue Anregungen bekommen, wir werden noch neue Ideen bekommen, und in dem Sinne ist es für einen Finanzplan noch zu früh. Den werden wir im Prinzip dann beschließen müssen, wenn es wirklich losgeht, und dann wird sicherlich die Bürgerschaft auch über einen solchen Finanzplan beschließen oder über die Teile des Finanzplanes dann auch jeweils beschließen müssen, sondern wir haben gesagt, wir machen einen Finanzreport, in dem wir alles, was wir über die Kosten wissen, transparent darlegen.

Und was ich so höre, dann sind unsere Planungen sehr, sehr viel weiter, als es bei irgendwelchen Olympischen Spielen bisher der Fall war. Natürlich weil die Hamburgerinnen und Hamburger so neugierig sind und so zahlreich zu den Beteiligungsveranstaltungen kommen und wir so viele Fragen gestellt bekommen und wir das Referendum haben, haben wir sehr, sehr viel genauer geplant. Und dadurch, dass wir sehr viel genauer geplant haben, können wir auch die Kosten genauer ermitteln. Das, was ich vorhin mit Benchmarking und Pauschalansätzen machte, das machen die anderen Olympiastädte noch viel, viel mehr, noch viel stärker als wir.

Also in dem Sinne, der Finanzreport, es bleibt dabei, bedeutet, dass wir alles, was wir über die Kosten wissen, dann transparent offenlegen. Aber das wird noch nicht das letzte Wort sein.

Aber man wird sich über die Größenordnung, man wird sich auf die Größenordnung verlassen können, um das auch gleich dazuzusagen, weil wir doch relativ gut planen und die Kosten gut ermitteln.

Vorsitzender: Dann kommt Frau Sudmann.

Abg. Heike Sudmann: Ein Wort vorweg. Ich nehme immer sehr gerne Anregungen von Fachleuten und Fachmenschen auf, und bisher hatte ich den Eindruck, dass in der Bürgerschaft nach jeder Haushaltsberatung und nach anderen finanziellen Angelegenheiten der Landesrechnungshof immer sehr gelobt wurde, von allen Seiten viel Beifall bekam und

die immer als Fachmensen auch wertgeschätzt wurden. Von daher denke ich einmal, dass wir alle den Entwurf gelesen haben und auch gelesen haben, was dort an Expertise drinne steht.

Herr Dressel sagte eben in einem Nebensatz, das klang für mich jedenfalls so, als wenn er wisse, wann die beratende Äußerung fertiggestellt sein wird, deswegen aber meine Frage an Sie: Haben Sie Informationen darüber, wann die beratende Äußerung des Landesrechnungshofes in der Endfassung vorliegt? Das wäre schon einmal ganz schön.

Dann würde ich gerne noch einmal zu den anderen Fraktionen sagen, ich teile Ihren Optimismus für den Host City-Vertrag aus dem Grund nicht, dass ich ... Ich kenne ihn natürlich genauso wenig wie Sie, aber ich kenne wahrscheinlich genauso gut wie Sie die Olympische Charta. Und wenn sie sich die Olympische Charta ansehen, werden Sie feststellen, dass zu allen Punkten des IOC gehört zu sagen, sie wollen sich möglichst breitflächig, großflächig von Kostenrisiken freihalten. Von daher kann ich Ihren Optimismus nicht teilen, aber ich werde diese 16 T..., na, jetzt noch diese knapp drei Wochen noch aushalten, bis wir das auch wirklich dann wissen, was da drinne steht.

Ich will noch einmal bei den Finanzen etwas nachfragen, was Sie eben auch, Herr Krupp, schon einmal ansprachen. Auf Seite 9 der Drucksache wird ja noch einmal dargestellt, dass die Hoffnung da ist, aus den Grundstückserlösen eine Gegenfinanzierung für die Infrastruktur zu machen, und Sie sagten ja, Sie sind jetzt schon weiter, Sie arbeiten weiter dran. Können Sie heute schon einschätzen, ob die Gegenfinanzierung erreichbar ist oder, wenn Sie es heute nicht einschätzen können, was glauben Sie, wann Sie soweit sind, dass Sie sagen können, das wird klappen?

Dann habe ich noch eine Frage. Sie sagten zu Anfang, dass 18.000 Menschen auf dem Kleinen Grasbrook nach den Olympischen Spielen, also wann auch immer genau, leben werden können. Das erstaunt mich, weil die höchste Zahl, die ich hier je an Wohnungen gehört habe, die Herr Walter, nach meiner Erinnerung, sagte, waren 6.000. Und wir haben in Hamburg bei Weitem keine Durchschnittsbelegung von drei Personen pro Wohnung. Deswegen noch einmal die Frage: Habe ich das etwas verpennt, wie groß sind da jetzt ... ist die Wohnungszahl?

(Zwischenruf)

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Also zunächst zum Rechnungshof Herr Holstein bitte.

Staatsrat Christoph Holstein: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, das hat ein bisschen etwas mit meiner bisherigen Tätigkeit zu tun, dass ich mit diesem Thema zu tun habe. Es liegt eine Pressemitteilung des Rechnungshofes vor, die zu meinem persönlichen Bedauern am Donnerstag letzter Woche eben erst um 20.15 Uhr, glaube ich, veröffentlicht worden ist. Jetzt wissen wir als Medienexperten, alle Pressemitteilungen abends um 20.15 Uhr, die liest keiner, und am anderen Morgen sind sie schon zwölf Stunden alt und deshalb liest sie möglicherweise auch nicht einer. Der Rechnungshof sagt, ich darf mit Ihrem Einverständnis zitieren: „Bislang existiert lediglich ein Prüferentwurf einer möglichen beratenden Äußerung für Senat und Bürgerschaft, der“ – Zusatz – „in diesem Stadium noch nicht die Auffassung des Rechnungshofs wiedergibt.“

An einer anderen Stelle heißt es: „Erst nach Einholung einer förmlichen Stellungnahme der Verwaltung entscheidet es“ – das Kollegium des Rechnungshofes – „abschließend über Inhalt und Veröffentlichung eines Prüfungsergebnisses.“ Es gibt also keine Festlegung, wann das passieren soll, es gibt keine verbindliche Aussage des Rechnungshofs, laut dieser Pressemitteilung, über Inhalt und Veröffentlichung eines Prüfungsergebnisses.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeld: Zu der anderen Frage Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, ob sich die Infrastruktur auf dem Kleinen Grasbrook insgesamt durch Grundstückserlöse refinanzieren lässt, kann ich noch nicht sagen. Das wird sich sozusagen in den nächsten Wochen klären. Und mit den 18.000, wenn ich mich da ungenau ausgedrückt habe, das ist eine vorläufige Zahl, wie viel Leute dort wohnen und arbeiten werden.

(Zwischenruf: Und arbeiten, ja.)

Und arbeiten werden. Weil, wir werden da ja auch Arbeitsplätze schaffen auf dem Gelände. Aber auch diese Zahl ist noch vorläufig, das ist auch noch im Fluss, das kann auch ein bisschen weniger oder ein bisschen mehr werden. Das ist im Prinzip sozusagen im Moment der Planungsstand, aber das werden wir dann aus dem Masterplan entnehmen können, wenn wir die BGF, die Bruttogeschossfläche, genau kennen und die Verteilung mit Büros und ähnliche Sachen. Das ist ja im Moment noch in Arbeit. Aber die Größenordnung ist nicht falsch, um das gleich dazuzusagen. Es wird in die Größenordnung gehen.

(Abg. Heike Sudmann: Und wie viele Wohnungen?)

– Auch das ist ... Ich sage einmal, die Größenordnung 6.000 Wohnungen ist sicherlich nicht schlecht, aber vielleicht werden es auch ein paar mehr. Es wird in diese Richtung gehen. Also eher mehr als 6.000.

Vorsitzender: Frau Blömeke bitte.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, ich möchte nur noch einmal auf einen anderen Punkt in der Drucksache zurückkommen, und zwar geht es auf Seite 10 um die Bürgerbeteiligung. Und wir hatten ja oder die Bürgergesellschaft war es ja, glaube ich, initiativ angefangen mit den Stadtwerkstätten, und es wurde diskutiert anhand von vorgestellten Präsentationen. Meines Wissens gab es ja vom Masterplan eine, von den Sportstätten. Ich würde jetzt gerne noch einmal wissen, was ist eigentlich weiter geplant. Durch die Sommerpause ist das jetzt, glaube ich, so ein bisschen eingeschlafen. Meines Wissens fand noch nicht öffentlich statt Mobilität. Weiß ich ... Fand öffentlich statt? Weil, es gibt ja da ...

(Zwischenruf: Ja.)

– Okay.

Dann Nachhaltigkeit, wann das geplant ist. Und wird es eigentlich auch irgendwie zu diesem Thema Finanzen eine öffentliche Veranstaltung geben sowie zu all den anderen Themen? Und was ist noch an Öffentlichkeitsarbeit geplant? Und ist schon das hier in der Drucksache angekündigte Beteiligungskonzept eigentlich weiter fortgeschritten oder kann es sogar schon veröffentlicht werden irgendwo?

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeld: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Stadtwerkstätten, die wir bislang durchgeführt haben zu den unterschiedlichen Themen, waren wirklich beeindruckend, auch in der Art und Weise, wie die Diskussion da stattgefunden hat, aber dann auch danach in der Öffentlichkeit mit den vorgestellten Materialien, die ja unmittelbar dann ins Internet gestellt worden sind, in der Stadt haben stattfinden können.

Wir haben bislang nicht vor, eine Veranstaltung dieser Art zu dem Finanzierungskonzept zu machen. Und ich gehe davon aus, aber sozusagen abseits dieser Frage, dass selbstverständlich der Beteiligungsprozess auch über die Form der Stadtwerkstatt und ihrer Möglichkeiten, die sie hat in den ... sozusagen ja nicht jetzt innehält, sondern weiter

fortgesetzt wird, soweit es notwendig ist und wir neue Themen haben und neue Themen, die Ihnen zu präsentieren sind.

Vorsitzender: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Meines Wissens, es gibt ein Beteiligungskonzept, und meines Wissens ist das auch im Internet veröffentlicht. Ich habe aber selber noch nicht nachgesehen.

(Abg. Christiane Blömeke: Ich auch nicht.)

Vorsitzender: Gut. Dank zahlreicher Tablets kann das ja hier gleich nachvollzogen werden. Frau Blömeke bitte.

Abg. Christiane Blömeke: Ja, wobei, ich wollte eigentlich nur gerne wissen, ob es schon richtige Daten jetzt gibt für die nächsten Stadtwerkstätten im Sinne von Nachhaltigkeit Stadtwerkstatt. Weil, natürlich wäre das schön und würde Sinn machen, wenn diese öffentliche Darstellung vor unserer Ausschussberatung ist. Das hat jetzt bei dem so geklappt, das hat beim Masterplan so geklappt, und wir haben ja, wie gesagt, am 18. September 2015, glaube ich, diese, ich weiß jetzt nicht ganz genau, das wäre natürlich schön. Wenn schon irgendwelche Daten bekannt sind, wäre das toll, und sonst machen wir das später.

(Zwischenrufe)

Vorsitzender: Frau Stapelfeldt.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Also, wir werden das Ihnen selbstverständlich zur Kenntnis bringen, es geht jetzt nicht darum, dass wir etwas geheim halten vor der Bürgerschaft. Selbstverständlich nicht. Aber wie ich eben sagte, es gibt einen kontinuierlichen Beteiligungsprozess, und zu dem Zeitpunkt, zu dem neue sozusagen auch inhaltliche Konzeptionen vorzustellen sind, werden wir uns überlegen, ob mit der Form der Stadtwerkstatt das dann auch sozusagen gemacht werden kann gegenüber der Öffentlichkeit.

(Abg. Christiane Blömeke: Ach so.)

Vorsitzender: Herr Oetzel bitte.

Abg. Daniel Oetzel: Ich habe noch eine Nachfrage zu den Finanzen, zum Finanzreport. Es geht ja nicht nur um die Höhe der Zahlen, die nachher darin auftauchen, sind ja interessant, sondern spannend ist ja auch, wo das Geld herkommt. Weil ich glaube, die Angst davor, dass irgendwelche großen schwarzen Finanzlöcher sich auftun, sind doch bei manchen Leuten da, ich sage einmal, limitierende Faktor, was die Begeisterung angeht. Vielleicht würden sogar aufseiten der LINKEN einige mehr sich für Olympia begeistern können, wenn sie wissen würden, es würde die Stadt nichts kosten.

Deshalb würde mich noch interessieren, inwiefern die Überlegungen zur Einwerbung privater Geldmittel weiter vorangeschritten sind und inwiefern die im Finanzreport auch eine Rolle spielen. Also nicht nur die Höhe der Mittel, dass die da veranschlagt worden sind, sondern auch, inwiefern das öffentliche Mittel sind, die aufgewendet werden müssen, oder inwiefern die ... Ja, ich habe es ja gerade gesagt.

Und dann habe ich noch zwei weitere Fragen, kleinere Fragen, die sich auf die Drucksache beziehen, und zwar einmal auf Seite 12, da wird gesprochen über bauliche oder über den Aufbau baulicher, technischer Sicherheitskomponenten, die nur dann vorgenommen werden sollen, wenn sie auch eine sinnvolle dauerhafte Weiternutzung ... ja, in so eine überführt werden können. Und da klingeln bei mir natürlich die Ohren. Das war einmal ein Zeitungsbericht von vor einigen Monaten, in dem Senator Neumann damit zitiert wurde, dass

ja so viele ... dass einige Kameras installiert werden sollten, ja doch einige mehr für die Dauer der Olympischen Spiele. Und wenn ich jetzt hier lese, es sollen nur technische Überwachungsgeräte installiert werden, die auch einer sinnvollen Nachnutzung zugeführt werden können, würde mich noch interessieren, ob anlässlich der Olympischen Spiele die Kameraüberwachung in Hamburg insgesamt ausgebaut werden soll, auch über die Olympischen Spiele hinaus.

Und eine letzte Sache. Es wird in der Drucksache gesprochen über einen Ethikcode, der sich selbst gegeben wurde. Da wollte ich nur einmal nachfragen, was dieser Ethikcode beinhaltet für Handlungsmotive.

(Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Holstein.)

Vorsitzender: Frau Senatorin Stapelfeldt. Herr Holstein bitte.

Staatsrat Christoph Holstein: Zum Thema Kameras, ohne dass ich bisher die entsprechende Passage gefunden habe.

(Abg. Heike Sudmann: Seite 12, 1. Absatz, links oben, Mitte.)

Ja, dann ist das so, wie es in der Drucksache steht. Darüber hinaus ist es schwer im Moment zu sagen ... darüber hinauszugehen und zu skizzieren, wie sich Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsmaßnahmen in der Zukunft entwickeln. Die Frage, wie wirkt sich Sicherheitsbedürfnis während und nach der Spiele aus, wird häufig gestellt, die Frage ist völlig legitim. Was man wissen muss, ist, dass man aus der heutigen Sicht die Sicherheitslage Anfang der Zwanzigerjahre nicht seriös beurteilen kann. Ich garniere das normalerweise mit der Aussage und mit dem Hinweis, dass wir vor zwei, zweieinhalb Jahren nicht wussten, wie das in der Ukraine weitergeht, und wir wussten vor fünf Jahren, ungefähr fünf Jahren noch nicht, wie sich der Arabische Frühling entwickelt. Und insoweit ist es schwierig, heute eine Einschätzung zu geben, wie die Sicherheitslage Anfang der Zwanzigerjahre sein wird.

Was man wissen muss, ist, dass der Ansatz, der Wunsch da ist, sowohl den Sicherheitsbedürfnissen der Sportlerinnen und Sportler, der Gäste, zu entsprechen, und auf der anderen Seite eben die Bewegungsfreiheit der Hamburgerinnen und Hamburger und aller anderen so unangetastet wie möglich zu machen. Das ist, wie immer, im Bereich der inneren Sicherheit ein Spagat beziehungsweise eine Gratwanderung. Und damit müssen wir umgehen. Und wir haben das in München 1972 gesehen und wir haben das zuletzt in Boston gesehen, dass es nun wirklich falsch wäre, so zu tun, als ob es nicht Leute gibt, die solche Veranstaltungen zum Ziel von terroristischen Aktionen machen. Auch das muss man berücksichtigen.

Und nichtsdestotrotz, wie gesagt, hat niemand ein Interesse daran, wie ich es heute gelesen habe, Ambitionen zu verfolgen, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen oder sonst irgendwas. Sondern man muss diesen Spagat, man muss dieses Spannungsverhältnis ein Stück weit auch aushalten zu sagen, wir wollen so viel Sicherheit, wie es notwendig ist, ohne, wie gesagt, auf der anderen Seite Verhältnisse zu haben, die wir hier nicht haben wollen.

Abg. Daniel Oetzel: Darf ich eine kurze Nachfrage stellen?

Vorsitzender: Jetzt haben wir eigentlich noch zwei Fragen komplett von Ihnen offen.

Abg. Daniel Oetzel: Ja. Stimmt.

Vorsitzender: Nämlich, wo kommt das Geld her und der Ethikcode. Und dann würde ich vorschlagen, dass Sie dann noch einmal eine Nachfrage stellen.

(Senatorin Dr. Stapelfeld: Herr Krupp.)

Vorsitzender: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, beim Geld denken wir zum einen natürlich daran, dass es ja ein großes Sponsoring- und Merchandisingprogramm geben wird, wo vor allen Dingen das sogenannte OCOG Budget des Nationalen Olympischen Komitees durch erhebliche private Beiträge finanziert wird. Und das ist die eine Komponente.

Das wird natürlich eingerechnet, weil wir kalkulieren, dass sich das OCOG Budget komplett refinanziert. Weil das bisher auch bei allen anderen Olympischen Spielen so gelungen ist beziehungsweise öfters einmal, hat das OCOG Budget sogar Gewinn abgeworfen. Und wenn das in anderen Ländern möglich ist, fragen wir uns eigentlich, warum das nicht auch bei uns möglich sein sollte.

Der zweite Punkt ist, es fließen natürlich private Mittel dadurch rein, dass wir bestimmte Investitionen von vornherein privat, durch Privatleute tätigen lassen wollen und die gar nicht bei uns einrechnen. Jetzt nehme ich einmal das Olympische Dorf. Unsere Idee ist es, das Olympische Dorf von Privatinvestoren, das heißt, von unseren Wohnungsbaugesellschaften, die üblicherweise Wohnungen in Hamburg bauen, oder auch Wohnungsbaugesellschaften von außen, die gerne in Hamburg bauen wollen, dass wir also im Prinzip von Wohnungsbaugesellschaften das Olympische Dorf bauen lassen als Privatinvestition, wo keine öffentlichen Mittel reinfließen, es dann aber für die Dauer der Spiele von den Gesellschaften mieten, um dort die Sportler unterzubringen. Das ist also der zweite große Teil von Privatinvestitionen. Der wird überhaupt nicht auftauchen in unserem Budget, weil wir ja schlicht... oder bei uns im Budget auftauchen als Miete. Dass wir nämlich von denen die Wohnungen für die Dauer der Spiele mieten, aber die Grundinvestitionen werden bei uns nicht auftauchen, weil wir sie nicht tätigen werden. In dem Sinne, das, was bei uns schon im Bereich auftaucht, ist dann schon ein großer Bereich an öffentlichen Mitteln, die wir brauchen, die sich aber Deutschland leisten kann. Ethikcode?

(Zwischenruf: Herr Holstein.)

Herr Holstein.

Staatsrat Christoph Holstein: Der Ethikcode ist in Arbeit, aber noch nicht abgeschlossen.

Vorsitzender: Gut, dann kommt eine Nachfrage von Herrn Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Genau. Also ich kann, Herr Holstein, allem zustimmen, was Sie gerade gesagt haben über das Sicherheitsbedürfnis, auch, dass man es nicht genau abschätzen kann, in welcher Vielfalt wir dann während der Olympischen Spiele hier wirklich mit welchen Maßnahmen für Sicherheit sorgen. Wie gesagt, was mir Sorgen bereitet hat, war die Formulierung, dass die Sicherheitsvorkehrungen, die getroffen werden, alle, ich sage das einmal, Teil des Nachnutzungskonzepts sein sollen. Also dass, wenn wir jetzt für die Spiele entscheiden, ja, wir brauchen jetzt hier eine ... wir müssen dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen, zum Beispiel durch erhöhte, gesteigerte Kameraüberwachung, was sein kann, was ich jetzt nicht bewerten möchte, mache ich mir, wie gesagt, nur Sorgen über die Aussage, dass alle Maßnahmen, die ergriffen werden, auch nachgenutzt werden sollen. Und da würde ich mich freuen, wenn ich das vielleicht falsch verstanden habe.

Vorsitzender: Herr Staatsrat Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Ich glaube, da liegt auch ein leichtes Missverständnis vor, weil, wenn Sie den Absatz weiterlesen, wird das am Beispiel der Rettungswagen erklärt. Es geht einfach darum, wenn wir jetzt zum Beispiel während der Spiele, weil das ja am Wasser

stattfindet, mehr Polizeiboote brauchen, dann würden wir diese Polizeiboote dann kaufen, wenn wir sie auch wirklich auf Dauer brauchen. Wenn wir sie nicht auf Dauer brauchen, würden wir befreundete Polizeien bitten, sie uns zu leihen. Oder zum Beispiel, was wir auch im Bereich Mobilität machen werden, wir werden, so wie bisher auch immer ... bisher werden ja alle Busse alle zehn Jahre ausgetauscht, das heißt, es werden jedes Jahr 10 Prozent der Busse ausgetauscht. Und was wir natürlich machen würden, ist, normalerweise werden die alten Busse verkauft und neue Busse gekauft. Und was wir jetzt vor den Spielen machen würden, ist, dass wir die neuen Busse kaufen, aber die alten nicht verkaufen, und dann haben wir während der Spiele auf einmal eine zusätzliche Kapazität. Und das ist eigentlich damit gemeint, dass wir uns jetzt nicht technische Einrichtungen kaufen, die wir nur während der Spiele brauchen und die dann sinnlos rumstehen. Das ist eigentlich mit diesem Absatz gemeint. Wenn das nicht klar genug ausgedrückt ist, so ist es gemeint.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann kommt Frau Timmermann.

Abg. Juliane Timmermann: Ich wollte da eigentlich sozusagen ein wenig Schützenhilfe leisten, weil ich glaube, wenn man den Satz genau liest da auf Seite 12, steht da ja auch, ein Aufbau von baulichen, technischen und sachlichen Sicherheitskomponenten soll nur dann dauerhaft erfolgen, wenn es sinnvoll ist. Und wenn man das so liest, wird es deutlich, dass es darum geht, dauerhafte Errichtungen sind nur dann zu erfolgen, wenn es sozusagen eine Sinnhaftigkeit gibt in der Nachhaltigkeit, in der Nutzung für diese Stadt. Und so verstanden, glaube ich, ist es mit der Erklärung an dem Beispiel, glaube ich, sehr gut nachvollziehbar.

Ich habe auch nur noch eine Nachfrage beziehungsweise vielleicht nur noch einmal auch zur Erklärung: Sie schreiben ja, da geht es auch noch einmal um die Investitionen und insoweit ist, glaube ich, der Begriff Finanzreport auch richtig gewählt, dass es eine Unterscheidung geben soll zwischen Olympia-abhängigen und Olympia-unabhängigen Kosten. Und wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe und auch mit den verschiedenen Nachfragen, die von Herrn Oetzel und Frau Sudmann kamen, ist es so, dass gerade der Report gewährleistet, dass auch sozusagen die Maßnahmen, die nicht sozusagen bei der Stadt anfallen, aber im Report auftauchen als Information, also zum Beispiel mit dem Wohnungsbau ist natürlich so, das sind keine Kosten, die sozusagen der Stadt anfallen, aber die Veräußerung findet statt. Und es wird im Report einen Bericht darüber geben, welche Schätzung man an Einnahmen, also zum einen als Ausgaben, und dann ... also als Ausgaben in Form von Mieten dann wieder hat, das heißt, das ist, glaube ich, die Gewährleistung, die der Report gegenüber einer Planung sozusagen eher darstellen lässt, dass eben alles das berichtet wird. Vielleicht können Sie das noch einmal darstellen, auch in puncto sozusagen Olympia-abhängig und -unabhängig, das heißt, das wird wahrscheinlich auch aus diesem Report genau hervorgehen, dass deutlich wird, und ich glaube, das ist für die Menschen ja ganz wichtig, auch, dass gerade darstellbar ist, was alles Positive für die Stadt dadurch passiert. Also puncto Barrierefreiheit zum Beispiel, ein neuer Stadtteil, das sind ja alles Kosten, beziehungsweise ich will gar nicht von Kosten sprechen, sondern es sind Investitionen in das Leben für die Zukunft dieser Stadt. Und die sind Olympia-unabhängig, während natürlich eine Sportstätte im ersten Punkt Olympia-abhängig ist. Vielleicht nur da noch einmal eine kleine Klarstellung. Ja, danke schön.

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Ich kann eigentlich nur sagen, das ist so. Also, das wird unterschieden zwischen den ... es wird sozusagen unterschieden OCOG, das sind tatsächlich Betriebskosten für die Olympischen Spiele, die sich aber refinanzieren, Non-OCOG, und dann gibt es da Non-OCOG independent und Non-OCOG incremental. Non-

OCOG independent sind Dinge, die unabhängig von Olympia sinnvoll, hilfreich sind und die ohne Olympia auch stattfinden würden, vielleicht nicht zu diesem Zeitpunkt, aber die für Olympia schon erforderlich sind. Und dann gibt es Non-OCOG incremental, das sind die Dinge, die wirklich nur stattfinden, wenn Olympia stattfindet und die man sonst gar nicht machen würde. Und selbst bei denen sagen wir, die müssen einen langfristigen Sinn haben.

Vorsitzender: Frau Sudmann bitte.

Abg. Heike Sudmann: Ich komme auch noch einmal auf den Punkt von Herrn Oetzel zurück, weil ich glaube, dann ist es wirklich sehr unglücklich dort ...

(Zwischenruf)

– Herr Oetzel, so heißt er doch! Sehr unglücklich dort formuliert, weil, bisher war für mich ein Rettungswagen keine bauliche Sicherheitskomponente, weil, ein Rettungswagen muss beweglich sein und darf nicht irgendwo fest mit der Erde verbunden sein. Deswegen aber meine Frage, um dann Herrn Oetzels Frage zu konkretisieren: Ich verstehe Sie jetzt so, dass Sie im Grunde genommen zum Ausdruck bringen wollen, es wird für Olympia keine zusätzlichen Überwachungskameras geben. Wenn Sie das so sagen, dann, das ist eine gute und gewagte Aussage. Das ist meine erste Frage.

(Zwischenruf: Dauerhaft!)

– Ja, genau, weil, nein, nein, der Satz heißt: Ein Aufbau von baulichen Sicherheitskomponenten, das andere lass ich mal weg, soll nur bei einer auch anschließenden gewährleisteten sinnvollen Weiternutzung dauerhaft erfolgen. Das heißt, man kann es jetzt so interpretieren, dass Sie sagen, okay, wir werden jetzt hundert Kameras aufbauen, die nachher alle wieder weg sind, aber es klingt ja eigentlich so, als wenn Sie sagen wollen, wir gucken ganz genau, ob es auch Sinn macht, das aufzubauen, weil ja auch dann wieder Abbaukosten kommen. Aber das können Sie ja gleich klarstellen, der Senat läuft sich ja schon warm, das sehe ich ja schon von hier.

Dann möchte ich noch einmal zu den Kosten eine Frage stellen, die irgendwie gar nicht so richtig auftaucht in dieser Drucksache. Wir wissen ja, es gibt die Bewerbungs-GmbH, die ja auch ganz viele Aufgaben übernimmt, die normalerweise auch eine Stadt selbst übernehmen könnte mit ihrem eigenen Personal. Wie ist es eigentlich mit den Personalkosten? Es gibt ja verschiedene Kritiken, die sagen, jetzt wird für Olympia Personal auch aus bestimmten Behörden abgezogen oder die Behörden müssen jetzt, das sagen Sie als Senat ja auch selbst, müssen die Planungen, die eigentlich erst viel später geplant waren, müssen sie vorziehen und früher machen. Das heißt, wenn ich was vorziehe und früher mache, das ist ja Mehrarbeit, das kann ich also nicht mit der gleichen Anzahl von Beschäftigten machen. Deswegen die Frage, wo schlägt sich das nieder, wie werden Sie, wenn Sie jetzt erfolgreich sind, Sie sind ja alle sehr optimistisch, wenn Sie erfolgreich sind, wie viel Personal werden Sie zusätzlich einstellen und wie verbinden Sie es mit dem geplanten – leider – jährlichen Personalabbau von 250 VZÄs?

Und dann komme ich zu meiner Hauptfrage eigentlich, weswegen ich darum gebeten hatte, dass heute eben die BSW mit dabei sein sollte, weil letztes Mal einige Fragen mit Hinweis darauf nicht beantwortet wurden, dass die BSW keine Vertreter, Vertreterinnen hier hatten, also keine weiteren außer Frau Stapelfeld. In der Drucksache 20/11848, das ist die Drucksache, wo alle Bürgerschaftsfraktionen damals außer der LINKEN eben beantragt haben, eine ergebnisoffene Studie zu machen. Das ist die Grundlage, auf der jetzt auch diese Drucksache, die vor uns liegt, erstellt wurde. Da war ein ganz wichtiger Punkt Nummer 7, der da hieß: Darstellung eines nachhaltigen Stadtentwicklungskonzeptes mit den Unterpunkten „Auswirkungen auf das Mietgefüge und den Wohnungsbau“, „Auswirkungen

auf die Sozialräume und die Beschäftigung“, „Auswirkungen auf Breitensportförderung“ und „Auswirkungen auf bereits bestehende Planungen und Zielsetzungen“. Und wenn ich mir jetzt angucke, in der Drucksache 21/795, also die, die wir heute beraten, finde ich auf Seite 13 anderthalb Spalten, die sich zur nachhaltigen Stadtentwicklung und Wohnungsbau und Mietpreisgefüge äußern. Das ist nicht nur wenig, sondern Sie haben die Hauptfragen zum Beispiel gar nicht beantwortet. Einfach zu sagen, wir haben die Mietpreisbremse, das wird dem Mietgefüge schon irgendwie helfen, finde ich, ist ein bisschen wenig, wenn Sie als Fachmenschen da nicht mehr zu schreiben wollen. Und die anderen Fraktionen, ein Teil von denen sind ja auch noch hier, die damals in der Bürgerschaft waren, haben ja gesagt, wir wollen wirklich die Auswirkungen haben, wir wollen eine Darstellung haben. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass sie mit einer Antwort, die doppelt so lang ist wie ihre Frage, ob sie damit zufrieden sind. Da würde ich einfach noch einmal gerne hören, wann Sie mehr dazu sagen, ob Sie überhaupt planen, da noch mehr zu sagen.

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Ja, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Sudmann, zunächst einmal, wir haben auf diese Fragen, die Sie, die sozusagen von der Bürgerschaft eingefordert sind, geantwortet. Und im Prinzip kann man an dem anknüpfen, was Staatsrat Krupp eben auch schon gesagt hat, wir können zu dem Zeitpunkt, in dem unsere Planungen weit vorangeschritten sind oder weiter vorangeschritten sind, zu bestimmten Fragen besser Einschätzungen treffen als vorher. Wir haben unsere ganze Arbeit darauf konzentriert, die Masterplanung für Olympic City und auch das Sportstättenkonzept, was ja gleich noch kommt, sozusagen vorzulegen. Wir haben selbstverständlich die stadtentwicklungspolitischen Komponenten und auch Konsequenzen aus einem Stadtteil, wie auch immer er heißen mag, nach erfolgreich durchgeführten Olympischen Spielen in Hamburg in den Veranstaltungen, die wir gemacht haben, zum Beispiel mit der Stadtwerkstatt aufgezeigt. Das ist auch Bestandteil dieser Unterlagen. Eine weitere Ausführung zu der besonderen Bedeutung, die es hat, wenn man einen weiteren Stadtteil mit mehreren tausend Wohnungen direkt gegenüber von der HafenCity mit einem östlichen Teil, der dann hoffentlich zu dem Zeitpunkt auch fertig ist, nämlich Baakenhafen, erweitert, und auch die Erweiterungen sozusagen des zusätzlichen Wohnungsbaus in Wilhelmsburg in Augenschein nimmt, dann ist das eine unglaubliche Stärkung für die Stadt. Dann sieht man auch, welche Scharnierfunktion der Kleine Grasbrook für die innere Stadtentwicklung haben wird. Das ist alles dargestellt worden. Unmittelbare Auswirkungen, von heute betrachtet, 2015, auf das Mietgefüge 2024 oder 2025 fortfolgende, werden wir sicherlich in den weiteren Jahren diskutieren, aber dazu gibt es keine in dem Sinne sozusagen ausführlicheren Studien oder Ausführungen.

Vorsitzender: Offen sind noch die Fragen noch einmal zu den Kameras, wenn da noch Ergänzungen vom Senat vorgenommen werden sollen, wollen, und zu den Personalkosten. Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Zu den Personalkosten Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Oder willst Du erst die Kameras machen?

(Zwischenrufe)

Vorsitzender: Welcher Christoph antwortet jetzt? Herr Holstein bitte.

Staatsrat Christoph Holstein: Zu den Kameras. In der Drucksache heißt es, ein Aufbau von baulichen, technischen oder sächlichen Sicherheitskomponenten soll nur bei einer auch anschließend gewährleisteten sinnvollen weiteren Nutzung dauerhaft erfolgen. Die sächlichen Geschichten, das sind, wie gerade geschildert, die Rettungswagen. Die

technischen, die baulichen/technischen, das könnte das sein, was Sie, Frau Sudmann, angesprochen haben, und ich muss, weil ich nicht anders kann, verweisen auf das, was ich vorhin gesagt habe, welche Sicherheitsmaßnahmen von den entsprechenden Behörden für notwendig und sinnvoll erachtet werden, das wissen wir jetzt nicht. Und wahrscheinlich, wir wissen noch nicht einmal, ob es im Jahr 2024 noch Videoüberwachung gibt. Wer weiß, ob das bis dahin verboten ist oder ... Das ist eine Sache, wir beschäftigen uns mit etwas, was wir heute nicht seriös beurteilen können.

Vorsitzender: Herr Krupp bitte.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, ein Teil der Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen jetzt machen, sind natürlich normale Behördenarbeit, die sozusagen auch keinen zusätzlichen ... also die zwar eine gewissen zusätzliche Tätigkeit ist, aber die tatsächlich in den normalen Rahmen dessen fällt, was die Behörden so und so tun, dass sie nämlich die Stadt planen und andere Dinge. Jetzt die spezifischen Olympiaaufwendungen, die die Behörden haben, sollen aus den Mitteln, die die Bürgerschaft zur Verfügung gestellt hat, den Behörden auch ersetzt werden. Also wir werden Stellen teilweise dann auch finanzieren. Und die Kolleginnen und Kollegen, die zur Bewerbungsgesellschaft gewechselt sind, dort findet eine Personalkostenerstattung der Bewerbungsgesellschaft an die jeweils abgebende Behörde statt, sodass die Behörden dann entscheiden können, wie sie damit umgehen, also ob sie die Stelle nachbesetzen, ob sie Arbeit umverteilen und umorganisieren und ähnliche Sachen machen.

Abg. Heike Sudmann: Ich habe eine kleine klarstellende Nachfrage.

Vorsitzender: Eine Nachfrage von Frau Sudmann.

Abg. Heike Sudmann: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Antwort von Frau Senatorin Stapelfeld, vielleicht habe ich das ja missverstanden, in der Bürgerschaftsdebatte damals habe ich alle Fraktionen so verstanden, dass es eben darum ging, das kann man ja auch lesen bei dem Text, der vor der Aufzählung kommt, was alles beschlossen wurde, es ging eben darum, die Chancen und Risiken einzuschätzen. Und deswegen ging es darum, vor dem ganzen Bewerbungsverfahren, also bevor jetzt wirklich gesagt wird, wir bewerben uns, diese Darstellung des nachhaltigen Konzeptes für die gesamte Stadt zu haben. Es ging nicht um das Mietgefüge auf dem Kleinen Grasbrook, es ging darum zu sagen, was passiert in der ganzen Stadt. Und deswegen ist es, glaube ich, nicht so hilfreich, also müsste auch für die antragstellenden Fraktionen eigentlich nicht so hilfreich sein, wenn jetzt die Antwort kommt, na ja, in zwei, drei Jahren also werden wir mehr wissen. Klar wissen wir dann wesentlich mehr, aber sie wollten ja genau die Chancen und Risiken vorher einschätzen können.

Vorsitzender: Frau Dr. Stapelfeld.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Ja, Herr Vorsitzender, Frau Sudmann, meine Damen und Herren, das will ich gerne noch einmal sagen, noch einmal den Versuch unternehmen, das klarzustellen, welche Position wir vertreten. Wir haben, und das ist auch in dieser Drucksache dargestellt, eine Entwicklung des Kleinen Grasbrook sozusagen nach den Olympischen Spielen, die dann hoffentlich in Hamburg stattfinden, wird unheimliche Impulse für die Stadtentwicklung insgesamt in Hamburg haben. Das haben wir dargestellt, das geht um verschiedene Aspekte. Und natürlich geht es nicht nur um die Örtlichkeit des Kleinen Grasbrook und des jetzigen Überseezentrums, sondern das hat unheimliche Auswirkungen im Hinblick auf den Wohnungsbau, aber auch im Hinblick auf sozusagen die Stadtgestalt insgesamt. Und sicherlich wird das auch bei den Stätten sein, die wir für die Olympischen Spiele entwickeln und die dauerhaft bestehen bleiben. Das Konzept der Olympischen Spiele ist ja nach dem, was das IOC verlangt, genau darauf gerichtet, und das ist auch, steht auch an erster Stelle, dass diejenigen Bewerberstädte ... oder dass diejenigen Städte, die sich

bewerben, tatsächlich ein Konzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung vorlegen und nicht die Olympischen Spiele in dem Sinn im Vordergrund stehen. Das heißt, es wird schon erwartet, dass die Bewerberstädte ernsthaft und verantwortungsbewusst diese Stadtentwicklungsperspektiven nicht nur darstellen, sondern auch sozusagen davon überzeugt sind. Das tun wir auch, das werden wir auch mit den weiteren Darstellungen und Unterlagen, die Sie sehen, auch machen. Also ich kann noch einmal sagen, es wird erhebliche Impulse geben.

Wir haben Ihnen im Übrigen, um noch einmal auf das Thema Mieten zu kommen, wir haben ja auch gesagt, dass wir eine präzisere Bewertung, als wir das heute machen können, selbstverständlich in der Zukunft vornehmen werden, aber natürlich wissen Sie auch als Wohnungspolitikern, dass zusätzlich gebaute Wohnungen auch eine erhebliche, nicht nur Entlastung, sondern erhebliche Wirkungen für die Stadt auch haben und insgesamt für eine Entspannung des Wohnungsmarktes.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann kommt zum Abschluss Herr Oetzel, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Abg. Daniel Oetzel: Ja, vielen Dank. Keine Sorge, ich gehe nicht noch einmal auf die Kameras ein. Ich habe noch zwei andere Aspekte. Und zwar noch einmal zu den Kosten der Bewerbung. Da gab es ja die Zusage des Bundes, die erfreuliche, sich da mit 30 Millionen Euro zu beteiligen, und auch die Absicht der Handelskammer, Gelder einzuwerben. Da würde mich einmal interessieren, wie da der aktuelle Stand ist, wenn der Ihnen bekannt ist, zu den einzuwerbenden Geldern durch die Handelskammer, ob das ausgegebene Ziel erreicht werden kann voraussichtlich, ob Sie da Informationen drüber haben.

Und dann konnte man in der Presse lesen, dass das Finanzministerium von diesen 30 Millionen Euro, die beschlossen worden sind, irgendwie nur 10 Millionen Euro veranschlagt hat, was auch immer das bedeuten mag. Vielleicht können Sie das noch einmal ausführen? Vielleicht wissen Sie da mehr als ich, was das für Konsequenzen hat, was das bedeutet und ob das überhaupt etwas bedeutet oder ob das nur ein etwas unklarer Pressebericht war.

Und noch eine zweite Nachfrage, auf Seite 11 können wir lesen, dass ein neuer Stadtteil mit einem attraktiven Park entsteht und so weiter, ist auch alles bekannt, allerdings aus versiegelten und kontaminierten Hafenumflächen. Und da wollte ich einmal nachfragen, von welchen Kontaminationen da gesprochen wird, was damit gemeint ist, mit diesen kontaminierten Flächen, was da für Kontaminationen festgestellt wurden und was da getan werden muss, um die zu entkontaminieren. Danke.

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Zu Ihrer Frage, Herr Oetzel, bitte ich Herrn Polkowski um die Antwort.

Dieter Polkowski: Also, zum Thema Kontamination und welche Böden, mit was rechnen wir da. Wir haben Abschätzungen machen lassen und es ist so, dass man im gesamten Hafenumbereich überall, wo ältere Industrieanlagen und Hafenanlagen sind, wo Boden, wo Flächen aufgehört wurden mit Hafenschlick oder sonst welchem Material, sozusagen wir immer mit Kontamination rechnen müssen. Das ist kein richtig sauberer Boden, auf dem Sie hinterher Gemüse anbauen können. Und mit diesen, ich sage jetzt einmal, gängigen Werten rechnen wir auch auf dem Grasbrook. Es gibt nach heutigem Kenntnisstand keine besonderen Kontaminationen, wie zum Beispiel in der HafenCity, wo ein altes Gaswerk abgeräumt wurde, sondern wir haben es da mit ganz normalen Böden zu tun, die Sie aber nicht einfach auf den Acker werfen können, um dort Gemüse anzubauen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann haben wir ...

Abg. Daniel Oetzel: Die andere Frage nach den Bewerbungskosten?

Vorsitzender: Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also, wir gehen davon aus, dass wir mit 50 Millionen Euro auskommen, um die Entscheidung in Lima zu unseren Gunsten herbeizuführen. Dafür stellt die Bewerbungsgesellschaft im Moment das Budget auf, den Wirtschaftsplan auf. Der ist noch nicht beschlossen, aber die Bewerbungsgesellschaft ist ja auch gerade erst gegründet, aber das entwickelt sich in diese Richtung. Wir haben gesagt, wir werden 15 Millionen Euro aufwenden, so, wie es die Bürgerschaft beschlossen hat, wobei dann immer noch ein bisschen kalkuliert wird, wenn wir als Stadt selber etwas machen, nehmen wir das auch von den 15 Millionen Euro, das geht dann bei der Bewerbungsgesellschaft aus deren Budget raus, aber jetzt einmal den Masterplan, den bezahlen wir selber und den Vertrag leiten wir nicht auf die Gesellschaft über, dagegen andere Verträge werden auf die Gesellschaft übergeleitet.

Die Bundesregierung hat bisher 10 Millionen Euro zugesagt. Wir haben auch in der Zeitung gelesen, dass der Bundestag mehr beschlossen hat, wie das ausgeht, wird in Berlin entschieden. Aber wir kommen damit hin, weil wir tatsächlich davon ausgehen, dass wir, also wenn 15 Millionen Euro Hamburg plus 10 Millionen Euro Bundesregierung, macht 25 Millionen Euro. Wenn die 25 Millionen Euro von der Wirtschaft kommen, dann sind wir da gut drin. Und bei der Wirtschaft ist es ja so, das werden Sponsoring-Leistungen sein, das heißt, das wird nicht einfach so überwiesen, sondern dafür müssen natürlich Sponsoring-Verträge ausgearbeitet werden, dafür muss die Gegenleistung auch definiert werden und ähnliche Sachen. Das geschieht im Moment. Da werden zwischen der Bewerbungsgesellschaft und der Deutschen Sportmarketing, also der Agentur, die für den Deutschen Olympischen Sportbund ... typischerweise die Sportvermarktung gemacht wird, da werden die Verträge ausgehandelt. Jetzt weiß ich gar nicht, ob die Kollegin von den Gesellschaften weiß, ob die schon geschlossen sind, die Verträge, oder ob die noch in Arbeit sind, aber jedenfalls, die werden in dieser Zeit geschlossen. Und wenn die Verträge geschlossen sind, dann können auch mit den Unternehmen Verträge geschlossen werden. Es gibt aber schon Unternehmen, die haben schon gesagt, sie haben Lust, unsere Bewerbung zu unterstützen.

(Zwischenruf)

Also die Verträge sind noch nicht unterschrieben, aber sie sind in Arbeit.

Vorsitzender: Gut. Der letzte Wortbeitrag des Senats hat Frau Sudmann noch einmal herausgefordert eine kleine Frage zu stellen, aber dann liegen auch wirklich keine Wortmeldungen mehr vor, dass wir die Beratung hier zum Tagesordnungspunkt 1 dann abschließen können. Frau Sudmann bitte.

Abg. Heike Sudmann: Ja, war gar keine Herausforderung, war nur eine Erinnerung. Ich hatte schon einmal gefragt, deswegen jetzt noch einmal, können Sie jetzt sagen, wie viel Personen in der Bewerbungs-GmbH arbeiten, das ist meine erste Frage. Und die zweite, da hatte ich die Senatskanzlei schon vor längerer Zeit einmal angeschrieben, weil ich einfach wissen wollte, es gibt ja auch einen Aufsichtsrat, meine ich, für die Bewerbungs-GmbH, wie wird der, in Anführungsstrichen, bestückt, also wer wird da im Aufsichtsrat sein, wird das über Bürgerschaft gehen, wird das über wen auch immer gehen, oder ist der vielleicht sogar schon gewählt? Wenn Sie das noch einmal beantworten können, dann erspare ich Ihnen eine Kleine Anfrage dazu, das ist ja bestimmt in Ihrem Interesse.

Vorsitzender: Ja, dann noch einmal der Senat, für den Senat Herr Staatsrat Krupp.

Staatsrat Dr. Christoph Krupp: Also sowohl Gesellschafterversammlung als auch Aufsichtsrat werden vom Senat benannt. Die Gesellschafterversammlung hat bereits getagt. Da ist der Erste Bürgermeister drin, da ist die Zweite Bürgermeisterin drin und da ist der Senator für Sport und Inneres drin. In der Gesellschafterversammlung haben wir drei Mandate. Im Aufsichtsrat haben wir sechs Mandate. Und jetzt, Herr Holstein ist Mitglied des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat tagt demnächst, Mitte September, und jetzt weiß ich nicht. Sonst liefern wir das zu Protokoll nach, die genaue Zusammensetzung.

(Zwischenruf)

Nein, wir machen nicht die Hälfte. Wir liefern das zu Protokoll, die Mandate, die der Senat benannt hatte, die liefern wir nach.

Die Behörde für Inneres und Sport erklärte am 1. September 2015 Folgendes zu Protokoll:

„1. Gibt es eine Übersicht der Bewerbungsphasen nach den neuen Vorgaben des IOC?

Siehe Anlagen 2 und 3 dieses Protokolls.

2. Wie viele Personen arbeiten bei der BC?

Insgesamt arbeiten ca. 25 Personen für die BC, teilweise abgeordnet aus der FHH und von Dienstleistern.

3. Wie sind Aufsichtsrat und Gesellschafter-Versammlung genau besetzt?

Siehe Anlagen 4 und 5 dieses Protokolls.“

Vorsitzender: Frau Sudmann noch mit einer ergänzenden Nachfrage.

Abg. Heike Sudmann: Ich würde einfach nur gerne wissen, sind Bürgerschaftsvertreterinnen und -vertreter dann dabei und wenn ja, wie sind die ausgewählt worden?

Staatsrat Dr. Krupp: Also Bürgerschaftsvertreter sind nicht dabei, weil es in Hamburg seit dem Anfang der Sechzigerjahre die gute Tradition der doch relativ konsequenten Gewaltenteilung gibt, wie sie auch in der Verfassung vorgesehen ist und ...

(Abg. Heike Sudmann: Eine schöne Antwort, danke!)

... das ist in allen Aufsichtsräten so.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank für die ausführlichen Beratungen, die wir hier in fast 90 Minuten durchgeführt haben. Unsere Aufgabe ist jetzt eine Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss zu übermitteln und da werden wir auf das Wortprotokoll verweisen.

(Zwischenrufe)

Genau, auf Seite 19 das Petitum, der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle erstens von den Ausführungen dieser Drucksache Kenntnis nehmen, Kenntnis haben wir genommen, zweitens, der Ausgestaltung der Produktgruppe 203.03, „Spiele für Deutschland“, im Einzelplan 1.1 gemäß dem anliegenden Zahlenprotokoll (Anlage) zuzustimmen. Wer stimmt diesem Petitum zu? Bei Stimmen von SPD, GRÜNEN ...

(Zwischenruf: Soll eine Gegenprobe gemacht werden?)

Sorry, ja, Frau Sudmann, Sie haben Recht.

(Zwischenrufe)

Frau Sudmann, Sie haben völlig Recht. Ich wollte zwar die Ja-Stimmen zusammenfassen und dann weiterstimmen, aber es ist üblicher, erst abzustimmen und dann

zusammenzufassen, da gebe ich Ihnen recht. Wer stimmt dem nicht zu? Enthaltungen? Gut. Bei der AfD habe ich jetzt gar nicht hingeguckt, Sie haben ja zugestimmt? Gut, gut. Zustimmung bei den Fraktionen GRÜNEN, SPD, CDU, FDP und AfD und Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. Und jetzt können wir es aber dann an den Haushaltsausschuss überweisen. Gut.

Zu TOP 2:

Keine Niederschrift; siehe Bericht des Ausschusses für Sport und Olympia an die Bürgerschaft.

Die unter diesem Tagesordnungspunkt von den Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter gezeigte Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu TOP 3:

Keine Niederschrift; siehe Bericht des Ausschusses für Sport und Olympia an die Bürgerschaft.

Zu TOP 4:

Es bestand kein Beratungsbedarf.

gez.
Sören Schumacher (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Thomas Kreuzmann (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)